LAG GLEICHSTELLUNG SH
Landesarbeitsgemeinschaft der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten in Schleswig-Holstein

Landesarbeitsgemeinschaft der ehrenamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle der LAGs kommunaler Gleichstellungsbeauftragten in Schleswig-Holstein

# Auswertung Koalitionsvertrag 2022 – 2027 auf frauenpolitische Aussagen

## Ideen verbinden – Chancen nutzen
## Schleswig-Holstein gestalten

*(Hervorhebungen frauenpolitischer Aussagen durch die Geschäftsstelle in lila)*

### Schwarz-Grünes Bündnis
Seite 1-2

Ein qualitativ hochwertiges, verlässliches und an den jeweiligen Bedürfnissen der Kinder ausgerichtetes Kita-Angebot ist unser gemeinsames Ziel. Wir wollen mit guten Kitas und Ganztagsangeboten eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreichen.

### Bildung
### Frühkindliche Bildung
Seite 4

Für uns haben (früh-) kindliche Bildung und Chancengerechtigkeit von Kindern einen hohen Stellenwert. Beide Koalitionspartner haben den festen Willen, im Bereich Kita zu weiteren Verbesserungen zu kommen. Wir setzen uns für Familien und mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein und tragen dabei der heutigen Vielfalt Rechnung.

### Fachkräfte
Seite 4

Wir werden für mehr Fachkräfte in Kitas sorgen, indem wir die Kapazitäten erhöhen und Rahmenbedingungen für die Ausbildung sowie die Arbeitsbedingungen in den Kitas verbessern.

Wir wollen eine Erhöhung des Personalschlüssels in dieser Legislaturperiode.

Die Mindestverfügungszeiten, die Erzieherinnen und Erziehern und anderen für die Vor- und Nachbereitung zur Verfügung stehen, haben wir mit der Kita-Reform bereits angehoben und wir wollen sie um mindestens eine weitere Stunde aufstocken.

Wir wollen gemeinsam mit Bund, Kommunen und Trägern eine Ausbildungsvergütung für den Beruf der Erzieherinnen und Erzieher und der „Sozialpädagogischen Assistentinnen und Assistenten“ (SPA) einführen.

Ebenso streben wir auch an, die Ausbildungskapazitäten für „Sozialpädagogische Assistentinnen und Assistenten“ (SPA) auszubauen.

Wir werden eine Professur für frühkindliche Bildung einrichten.

### Kindertagespflege
Seite 5

Wir setzen uns für eine kontinuierliche Verbesserung der Beratungs- und Fortbildungsangebote und damit einhergehende Aufwertung der Kindertagespflege ein.

Das Angebot und die Wahlmöglichkeit von Tagespflegestellen werden wir landesweit fördern.

### Entlastung von Familien
Seite 6

Jede und jeder muss sich Kinderbetreuung leisten können: Die Elternbeiträge werden weiter reduziert. Dabei wollen wir insbesondere weitere Verbesserungen für Familien mit geringen Einkommen und für Familien mit mehreren Kindern vorantreiben. Wir wollen darauf hinwirken, dass die Sozialstaffeln dem überall entsprechen.

Wir wollen gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden Wege für eine einheitliche Geschwisterermäßigung für die Kita und den schulischen Ganztag prüfen.

Wir wollen flexiblere Öffnungszeiten in Kitas ermöglichen, um sie an die Bedürfnisse erwerbstätiger Eltern anzupassen. Sehr frühe oder späte Arbeitszeiten sollen möglichst zu keinem finanziellen Nachteil führen.

### Mehr Kita-Plätze
Seite 7

Wir wollen, dass die Zahl der Kita-Plätze so erhöht wird, dass für jede Familie dem tatsächlichen Betreuungsbedarf beziehungsweise den bestehenden Rechtsansprüchen entsprochen werden kann.

## Allgemeine Bildung

### Lern- und Lebensorte
Seite 8

Den Ganztag - insbesondere den Rechtsanspruch für Grundschulkinder - wollen wir gut gestalten und die Qualität der Angebote fortentwickeln.

### Rechtliche Verankerung des Ganztags
Seite 10

Gemeinsam mit dem Bund und den kommunalen Spitzenverbänden wollen wir rechtzeitig dafür sorgen, dass der Rechtsanspruch auf Ganztag aufwachsend ab dem Schuljahr 2026/27 gewährleistet werden kann. Dazu wollen wir den Ganztag in seinen unterschiedlichen Formen an den Grundschulen sukzessive weiter ausbauen und rechtlich verankern.

## Kinderbetreuungsmöglichkeiten an berufsbildenden Schulen

Seite 29

Wir wollen ein Konzept für die Einrichtung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten an berufsbildenden Schulen zur Stärkung der Attraktivität der beruflichen Bildung und zur Sicherung des Fachkräftebedarfs entwickeln.

# Hochschule

## Hochschulfinanzierung

Seite 30

Zudem werden wir in den Zielvereinbarungen die Empfehlungen des Wissenschaftsrats aus der Begutachtung des schleswig-holsteinischen Hochschulsystems berücksichtigen, sowie geeignete Maßnahmen für mehr Diversität und Gleichstellung an unseren Hochschulen festlegen.

## Diversität

Seite 35-36

Wir unterstützen die Hochschulen darin, dass selbstgewählte Namen und Pronomen von Studierenden und Mitarbeitenden rechtssicher erfasst und genutzt werden.

## Hochschulbau

Seite 37

Wir werden bei Neubauten Toilettenräume mit abschließbaren Einzelkabinen mit WC und Handwaschgelegenheit als Schutzraum für alle Menschen zum Standard machen.

## Extremismus, Rassismus und Diskriminierung bekämpfen

Seite 41

Darüber hinaus sollen auch Fortbildungen zur Gewaltprävention, zu sexueller Selbstbestimmung und zu den Themen der geschlechtlichen Identitätsfindung stärker angeboten werden, wobei freie Träger eingebunden werden können.

## Soziales, Gesundheit, Gesellschaft

Seite 50 -51

In gesellschaftlicher Vielfalt sehen wir eine Stärke und treten für Gleichstellung und Inklusion ein. Wir wollen, dass alle Menschen in Schleswig-Holstein diskriminierungsfrei leben können und unterstützen dies mit geeigneten Maßnahmen.

## Kinder und Jugendliche

Seite 53

Wir wollen die Schutzkonzepte in Schulen intensivieren. Wir wollen verpflichtende Schutzkonzepte gegen Gewalt auch für den außerschulischen Bereich. Das Landespräventionsprogramm zum Schutz vor sexualisierter Gewalt wollen wir weiter fortführen.

## Patientenversorgung

Seite 57

Auch den Bereich der gynäkologischen Versorgung von Frauen mit Behinderungen wollen wir weiter verbessern. Zudem möchten wir die Zugangsmöglichkeiten von Opfern sexualisierter Gewalt zu bedarfsgerechten psychosozialen und medizinischen Leistungen verbessern.

## Geburtshilfe

Seite 60

Unser Ziel ist die möglichst wohnortnahe Versorgung in der Geburtshilfe und mit Angeboten der Vor- und Nachsorge, besonders auch durch Hebammen, um werdende Eltern bestmöglich zu unterstützen.

Das Land unterstützt im Rahmen seiner Möglichkeiten und berücksichtigt dies in der Krankenhausplanung. Wir erwarten einen nachhaltigen Beitrag des Bundes und wollen bis dahin auch seitens des Landes eigene Lösungen entwickeln.

Der Bund und die Krankenkassen sind aufgefordert, Fragen der Vorhaltekosten, der Vergütung, des Umfangs in der Hebammenhaftung und die Angemessenheit der in der Geburtshilfe einzuhaltenden Standards stärker als bisher zu berücksichtigen.

Zudem wollen die Anzahl der Studienplätze in den Hebammenwissenschaften erhöhen.

## Medizinische Forschung

Seite 60

Die medizinische Forschung am Standort Schleswig-Holstein möchten wir weiter stärken. Dies gilt insbesondere auch für die Bereiche Demenz und Geriatrie. Auch die individualisierte medizinische Forschung, zum Beispiel bezogen auf Aspekte wie Alter, Geschlecht und weitere individuelle Merkmale werden wir stärken.

## Prävention und Gesundheitsförderung

Seite 62

An weiterführenden Schulen werden wir die Aufstellung von Kondomautomaten und von Spendern für Menstruationsartikel unterstützen.

## Ganzheitliche Drogenpolitik

Seite 63

Wir setzen uns auf Bundesebene für eine starke Regulierung der chemischen Stoffe ein, die typischerweise als KO-Tropfen verwandt werden und derzeit legal erworben werden können. Eine Möglichkeit könnte dabei die Aufnahme in das Betäubungsmittelgesetz (BtMG) darstellen.

## Bedingungen für die Pflege

Seite 63-64

Wir wollen die Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten in den Pflegeberufen im Sinne einer angemessenen Bezahlung verbessern und die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse erleichtern.

Wir arbeiten gemeinsam an dem Ziel, in der Pflege vermehrt vor Ort zu koordinieren beziehungsweise Ansprechpartnerinnen und -partner zu haben. Ansätze sind beispielsweise die sogenannte „Community-Health-Nurse“, die „Gemeindepflegerin oder der -pfleger“, die „Gemeindeschwester“

oder „Gemeindelotsen“. Der Bund ist in der Pflicht, die Finanzierung und weitere Umsetzungsfragen bezüglich der Tätigkeit dieser Pflegepersonen und darüber hinaus neuer innovativer Berufsfelder zu regeln.

## Schwangerschaftsabbrüche

Seite 64

Wir setzen uns dafür ein, dass die Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche durch vermehrte Aufklärung über Sexualität und Verhütungsmittel reduziert wird.

Darüber hinaus wollen wir die Beratungsinfrastruktur für ungewollt Schwangere und Betroffene ausweiten. Außerdem setzen wir uns gemeinsam mit dem Bund dafür ein, dass ein ausreichendes Angebot für Schwangerschaftsabbrüche zur Verfügung steht.

## Gleichstellung

(S. 65 -66)

Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik durch Einführung digitaler und hybrider kommunaler Sitzungen stärken, wo dies möglich ist. Außerdem werden wir das kommunalpolitische Engagement von Frauen weiter stärken und mit Blick auf das Kommunalwahljahr 2023 durch geeignete Maßnahmen wie zum Beispiel Mentorinnenprogramme und Fortbildungsmaßnahmen unterstützen.

Im Bereich der Chancengleichheit wird das Land als Arbeitgeber weiter mit einer Vorbildfunktion vorangehen und durch gezielte Kampagnen die Repräsentation von Frauen in der Berufswelt stärken. Wir fördern auch weiterhin die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexibles und mobiles Arbeiten in der Landesverwaltung. Wir werden durch gezielte Personalentwicklung Frauen für Führungspositionen motivieren und Führung in Teilzeit sowie geteilte Führung erproben. Wir wollen Führungspositionen in der Landesverwaltung, in landeseigenen und in Unternehmen mit mehrheitlicher Landesbeteiligung unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen paritätisch besetzen. Podien bei Veranstaltungen des Landes sollten geschlechtergerecht gemischt gestaltet sein.

Wir werden die Gleichstellungsstrategie für Schleswig-Holstein konsequent umsetzen.

Außerdem wollen wir die Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes in dieser Legislatur mit allen beteiligten Akteurinnen und Akteuren auf den Weg bringen.

Wir werden den Prozess der Umsetzung der Istanbul-Konvention fortführen.

Frauen und Kinder sind in unserer Gesellschaft besonders durch Gewalt gefährdet. Es ist unsere Aufgabe hier umfassenden Schutz zu bieten. Wir wollen Beratungsstellen und Frauenhäuser flächendeckend ausbauen und dabei die Anzahl erhöhen sowie die langfristige Finanzierung erhalten. Deshalb werden wir gemeinsam mit den Kreisen Schleswig-Flensburg und Nordfriesland ein neues Frauenhaus schaffen. Gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser wollen wir Standards für die Arbeit in Frauenhäusern entwickeln.

Wir werden Frauenberatungsstellen, Kinderschutzeinrichtungen und das Netzwerk des Kooperations- und Interventionskonzept gegen häusliche Gewalt des Landes Schleswig- Holstein (KIK) weiter stärken. Außerdem wollen wir ehrenamtlich Tätige durch Fortbildungsangebote im Bereich der Frauenberatung unterstützen. Wir möchten niedrigschwellige Angebote, die die Diversität der zu Beratenden berücksichtigt.

Wir werden uns weiterhin für einen wirksameren Schutz und die Rechte von Menschen im Bereich der Zwangsprostitution und Sexarbeit einsetzen, indem wir Beratungsstellen, präventive Maßnahmen und Ausstiegsprogramme weiterhin fördern.

Außerdem wollen wir Projekte zur Adressierung von Jungen und Männern zum Thema Gewalt gegen Frauen stärken und Männerberatungsstellen aktiv in den Gewaltschutz für Mädchen und Frauen einbinden. Wir wollen eine wissenschaftliche Begleitung zu den Beratungsangeboten, sodass die Erkenntnisse die Prävention stärken. Wir wollen die Präventionsarbeit an Schulen ausbauen und ehrenamtlich Tätige durch Fortbildungsangebote im Bereich der Frauenberatung unterstützen.

Wir wollen Gewalt gegen Frauen strukturell bekämpfen und als sicherheitspolitisch relevantes Thema einstufen.

Unser Ziel ist, Gewalt gegen Frauen einzudämmen und die Ursachen zu bekämpfen. Deshalb wollen wir gemeinsam ein Konzept für ein landesweit zuständiges Kompetenzzentrum gegen geschlechtsspezifische Gewalt entwickeln. Dieses soll vorhandene und neue Expertise im Land bündeln sowie landesweite Fortbildungen, Beratungen und Strategien für relevante Institutionen anbieten.

Im Rahmen dessen wollen wir eine Strategie „Gewalt gegen Frauen als Thema der inneren Sicherheit“ gemeinsam mit Expertinnen und Experten der Frauenhäuser, den Frauenberatungsstellen, den KIK-Koordinatorinnen, der Landespolizei und Männerberatungsstellen erarbeiten.

Zur Erkennung von Femiziden werden wir flächendeckend ein standardisiertes und verbindliches Hochrisikomanagement etablieren. Wir wollen, dass solche Taten in der Kriminalstatistik nach festgelegten Kriterien erfasst werden. Die vertrauliche Spurensicherung bei sexualisierter und häuslicher Gewalt wollen wir stärken. Für von häuslicher Gewalt betroffene Männer werden wir ein Konzept für Schutzeinrichtungen auf Abruf entwickeln.

Wir werden die Wohnangebote für Frauen und ihre Kinder ausbauen. Das Sonderprogramm der sozialen Wohnraumförderung für besondere Bedarfsgruppen, Frauen aus Frauenhäusern sowie von Armut und Wohnungslosigkeit bedrohte Haushalte werden wir fortschreiben.

Frauen sind gerade in den gut bezahlten MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) und in der Gründerinnenszene in diesen Bereichen stark unterrepräsentiert. Deshalb wollen wir mehr Frauen für diese Berufe gewinnen.

Im Landeshaushalt wollen wir das Genderbudgeting fortführen. Hierzu werden wir eine wissenschaftliche Begleitung in Auftrag geben und die Ergebnisse auch anderen öffentlichen Verwaltungen zugänglich machen.

## Antirassismus

Seite 67

Wir schieben die im Landesaktionsplan vorgesehene diskriminierungsfreie anonyme Bewerbung in der Landesverwaltung an und wollen damit auch Vorbild für die Privatwirtschaft sein. Dies wollen wir auch über ein digitales Bewerbungsportal sicherstellen.

## Soziale Sicherung für Menschen mit Behinderungen

Seite 69

Wir wollen das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und den Schutz vor sexualisierter Gewalt für Menschen mit Behinderungen stärken. Dafür sollen Beratungs-, Bildungs- und Therapieangebote für Menschen mit Behinderungen und Betroffene ausgebaut werden. Ebenso sollen Qualifizierungsmaß-

nahmen für Fachkräfte in allen relevanten Einrichtungen, Diensten und Fachstellen ausgebaut werden.

## Queerpolitik

Seite 71

Um in besonders anspruchsvollen Querschnittsbereichen, wie queere Geflüchtete, pflegebedürftige alte Menschen, Frauen, inter*, trans* und nicht-binäre Personen angemessen beraten zu können, wollen wir die Beratung stärken und fachfremde Beratungsstellen sensibilisieren und unterstützen.

Uns ist die Verwendung von geschlechtersensibler Sprache wichtig. Sprache ist ein über Jahrhunderte gewachsenes Kulturgut. Gleichwohl entwickelt sich unsere Gesellschaft stetig weiter und mit ihr auch die Sprache. Diesen Prozess wollen wir positiv begleiten.

An Hochschulen darf die Verwendung sowie Nichtverwendung von geschlechtersensibler Sprache nicht zu einer besseren oder schlechteren Bewertung von Studienleistungen führen. Verbindliche Vorgaben dazu lehnen wir ab.

Wir wollen, dass Behörden geschlechtersensibel kommunizieren. Dazu werden wir einen Handlungsleitfaden erarbeiten, der den Behörden in Schleswig-Holstein zu diesem Thema Orientierung geben soll.

## Wohnungen für besondere Bedarfsgruppen

Seite 76

Die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt führt dazu, dass Frauen und Kinder, die in einem Frauenhaus leben, nach Wegfall des Schutzbedarfes besonders große Schwierigkeiten haben, angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Deswegen werden wir unsere Wohnraumförderung für von Gewalt bedrohte oder betroffene Frauen und Kinder fortsetzen.

## Digitale Sitzungen und Beschlussfassungen

Seite 82

Die letzten Jahre haben eindrücklich bewiesen, dass digitale Sitzungen von Gremien nicht nur möglich sind, sondern dazu beitragen können, dass sich mehr Menschen an Gremienarbeit beteiligen können – sei es durch den Abbau physischer Barrieren oder durch eine einfachere Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Ehrenamt oder von Beruf und Ehrenamt. Wir möchten diese Vorteile auch künftig heben. Deshalb werden wir die Möglichkeit eröffnen, digitale Formate auch außerhalb von Notlagen anzuwenden. Gremienarbeit soll künftig sowohl in digitaler als auch in hybrider Form möglich sein. Wir werden Rechtssicherheit schaffen, damit auch in digitalen und hybriden Sitzungen Beschlüsse gefasst werden können und den Kommunen stärkere Hilfestellung bei der Umsetzung von Online- oder Hybridsitzungen geben.

## Gegen Hass und Hetze im kommunalen Raum

Seite 82

Ehrenamtliche und hauptamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sowie Mitarbeitende in Kommunalverwaltungen sehen sich zunehmend Hass, Hetze und Aggressionen ausgesetzt.

Wir werden eine Anlaufstelle unter Berücksichtigung bestehender Strukturen zum Schutz dieses Personenkreises schaffen und Präventionsmaßnahmen einführen.

## Sport und E-Sport

## Sportentwicklungsplanung

Seite 84

Unser Ziel ist es, das Engagement für Gewaltprävention, Antidiskriminierung, Dopingprävention und gegen sexuellen Missbrauch im Sport zu stärken.

## Landespolizei der Zukunft

Seite 94

Unser Ziel ist es, dass sich die Vielfältigkeit unserer Gesellschaft in unserer Polizei noch besser widerspiegelt. Diversität, Inklusion, Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger bei der Nachwuchsgewinnung und der Anteil weiblicher Mitarbeiterinnen, ganz besonders in Führungsfunktionen, werden wir stärken und dafür geeignete Maßnahmen und Evaluationsmechanismen entwickeln.

## Prävention

Seite 96

Gemeinsam sollen Lösungen für quartiersbezogene Sicherheitsaspekte oder für Familien in Not und zur Verhinderung von Gewalt im sozialen Nahbereich gefunden und konsequent umgesetzt werden.

## Bekämpfung von organisierter Kriminalität

Seite 100-101

Die konsequente Strafverfolgung der organisierten Kriminalität ist ein wichtiger Baustein zur Bekämpfung von Menschenhandel. Dieser wird durch den Opferschutz ergänzt. Um diesen Menschen eine Perspektive zu geben, müssen Fachberatungen gestärkt werden. Wir richten Schutzwohnungen für Betroffene ein.

Zur effektiven Bekämpfung von Menschenhandel in allen Formen (Zwangsprostitution und sexuelle Ausbeutung sowie Arbeitsausbeutung) brauchen wir eine verbindliche Kooperationsvereinbarung zwischen Strafverfolgung und Opferschutz. Alle relevanten Akteurinnen und Akteure müssen an einen Tisch: Strafverfolgungsbehörden, Fachberatungsstellen, Jugendämter, Zuwanderungs- und Leistungsbehörden, Agenturen für Arbeit und Ordnungs- und Gesundheitsbehörden entsprechend dem Prostituiertenschutzgesetz.

Nicht nur illegale Waffen sind in den falschen Händen ein Problem. Im Kontext waffenrechtlicher Erlaubnisse werden wir genau hinschauen: Wir setzen weiterhin auf die konsequente Entwaffnung wie beispielsweise bei verfassungsfeindlichen Personen sowie bei drohenden Femiziden.

## Parität in der Politik

Seite 110

Politische Führungspositionen in der Landesregierung wollen wir weiter paritätisch besetzen.

Unser Ziel sind auch paritätisch besetzte Vertretungskörperschaften auf Landes- und kommunaler Ebene. Wir wollen mehr Frauen für eine Kandidatur für Mandate gewinnen. Wir wollen deshalb Vorhaben und Maßnahmen prüfen, wie das Erreichen einer paritätischen Besetzung der Vertretungskörperschaften auf Landes- und kommunaler Ebene unterstützt werden kann. Dabei sind insbesondere für die kommunale Ebene Maßnahmen, wie digitale Sitzungen, weniger späte Nachtsitzungen, kürzere Sitzungszeiten, mehr Arbeitsteilung in Ausschüssen und Mentoringprogramme in den Blick zu nehmen.

## Asyl-, Zuwanderungs- und Integrationspolitik

### Ankunft

Seite 119

Wir setzen uns auch für die Stärkung der Fachberatungsstellen ein, um die Umsetzung der Istanbul-Konvention und die Beratung für vulnerable Gruppen, wie zum Beispiel Menschen mit Behinderungen, zu gewährleisten.

Strukturelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen werden wir auch im Bereich Migration und Flucht weiterhin konsequent bekämpfen, Schutzkonzepte fortentwickeln und den Leitfaden beim Umgang mit Fällen häuslicher Gewalt bei der Umverteilung fortführen. Die Integrationsmittel für Familienzentren und Frauenfachberatungsstellen behalten wir bei. Wir unterstützen eine vorbehaltslose Umsetzung der Istanbul-Konvention auch auf Bundesebene.

Seite 120

Durch mehr gezielte Sprach- und Integrationsangebote wollen wir Frauen noch besser erreichen.

Im Bereich Gesundheit braucht es noch mehr dolmetschendes Personal und die Kompetenz „Therapie und Beratung zu dritt“. Wir wollen hierfür Standards etablieren und landesweite Qualifizierungen anbieten. Auch Videodolmetschen werden wir intensiver nutzen.

## Fachkräfte

S. 164

Wir wollen das vorhandene Potenzial für mögliche Fachkräfte in Schleswig-Holstein stärker nutzbar machen. Dies kann uns beispielsweise gelingen, indem wir die Teilzeitquote dadurch senken, dass wir attraktive Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche schaffen. Gerade eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen kann bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels helfen. Hierfür werden wir mit weiteren familienpolitischen und gleichstellungspolitischen Maßnahmen die richtigen Voraussetzungen schaffen, damit Frauen diese Möglichkeit leichter ergreifen können.

## Fachkräfteeinwanderung

Seite 166

Wir werden auch weiterhin zusätzliche Anstrengungen unternehmen, um geflüchteten und zugewanderten Frauen den Zugang zu Ausbildung, Studium, Weiterbildung und Berufstätigkeit zu ermöglichen.

## Anerkennung Berufsabschlüsse

Seite 167

Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, müssen insbesondere Pflegeberufe attraktiver werden. Dabei müssen die Verdienstmöglichkeiten dieser bedeutsamen, anspruchsvollen und fordernden Arbeit gerecht werden. Hierzu gehört sowohl die Bereitstellung von Assistenz- und Unterstützungssystemen, die Steigerung der Ausbildungsplätze in der Kranken- und Altenpflege als auch die unbürokratische Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen in diesem Bereich sowie die gezielte Anwerbung von ausländischen Ausbildungskräften.

## Landesprogramm Arbeit

Seite 168

Die guten Maßnahmen des Landesprogramms Arbeit zur Arbeitsmarktintegration, zur Unterstützung von schleswig-holsteinischen Betrieben, Beschäftigten, Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden, Frauen, Geflüchteten und Langzeitarbeitslosen auf den qualifizierten Arbeitsmarkt sowie zur Fort- und Weiterbildung wollen wir fortführen und weiterentwickeln.

Wir werden einen Fokus auf die Verstetigung von erfolgreichen Programmen und Modellen legen. Auf Landesebene stärken wir das Arbeitsmarktnetzwerk „Alle an Bord!“ für geflüchtete Menschen und Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern.

Wir werden insbesondere die Einrichtung neuer Co-Working-Spaces im ländlichen Raum weiter fördern. Wir werden uns für eine Flexibilisierung von Arbeitszeitmodellen mit Experimentierklauseln und Experimentierräumen auf Basis von Betriebsvereinbarungen oder Tarifverträgen einsetzen.

## Flexible Arbeitsformen und modernes Arbeitsrecht

Seite 168

Ein sehr großer Beitrag zur Stärkung der Familien ist eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir werden im Arbeitsleben Flexibilität und familienfreundliche Arbeitszeiten noch stärker fördern. Wir wollen ein landesweites Co-Working-Space-Angebot etablieren.

## Berufliche Bildung

Seite 170

Gerade in den MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) besteht ein erheblicher Fachkräftemangel. Bildungswege und Ausbildungen zu MINT-Berufen wollen wir stärker fördern. Den Frauenanteil bei MINT-Berufen wollen wir weiter steigern und dafür das Projekt „Komm mach MINT“ vorantreiben.

## Gründung und Nachfolge

### Branchen

Seite 171

Wir setzen landesspezifische Schwerpunkte für die Förderung von Start-ups und Gründungen. Neben dem Ziel, Frauen verstärkt für das Thema Gründung zu begeistern, wollen wir bestimmte Branchenbereiche verstärkt in den Fokus nehmen, um uns als Gründungsland ein klareres Profil zu geben. Mögliche Schwerpunkte könnten die Themen Agrar- und Ernährungswirtschaft, Life Science, Energie, maritime Technik, digitale Wirtschaft, Gesundheitswirtschaft oder Tourismus sein. Wir wollen Schleswig-Holstein überregional, national und sogar international für Gründerinnen und Gründer attraktiv machen.

### Unternehmensnachfolge

Seite 174

Wir möchten uns dafür stark machen, insbesondere bei externen Übernahmen den Anteil der Übernahmen durch Frauen deutlich zu erhöhen.

## Verwaltungsmodernisierung

S. 209

Wir wollen als Land die Arbeitsbedingungen digitalfreundlicher gestalten und Vorreiter bei Familienfreundlichkeit, Gleichstellung und Diversität sein. Das Thema „Diversity“ nimmt weiterhin eine zentrale Rolle im Personalmanagement der Landesverwaltung ein. Seit dem Beitritt zur Charta der Vielfalt wurden gute und wirksame Ansätze entwickelt und umgesetzt. Herausforderung wird auch weiterhin sein, die ergriffenen Maßnahmen weiterzuentwickeln, flexibel den unterschiedlichen Bedarfslagen anzupassen, neue Ansätze zu entwickeln und zu erproben sowie angemessen auf besondere Situationen zu reagieren. In der vergangenen Legislaturperiode wurde hierfür eine ressortübergreifende Arbeitsgemeinschaft Diversity eingerichtet, die ihre Arbeit fortsetzen wird.

Den Weg, die Kompetenzen in diversitätssensibler Kommunikation in der Aus- und Fortbildung sowie im Berufsalltag zu stärken, werden wir konsequent fortsetzen. Wir streben an, Führungspositionen in der Landesverwaltung gleichmäßig mit Frauen und Männern zu besetzen. In der letzten Legislaturperiode haben wir bereits die Möglichkeit geschaffen, in begründeten Ausnahmefällen eine geteilte Stellvertretung zuzulassen. Diese Möglichkeiten werden wir weiterentwickeln.

## Arbeiten im digitalen öffentlichen Dienst

Seite 210

Das Coworking-Angebot wollen wir im Lichte der anstehenden Evaluationsergebnisse bedarfsgerecht weiter ausbauen. Dies verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, schont die Umwelt durch das Einsparen von CO2 und stärkt unsere ländlichen Räume. Das begleiten wir mit einer optimierten Nutzung von Büroräumen, die zugleich hilft, Flächenbedarfe um rund 20 Prozent zu verringern.

Wo möglich und sinnvoll, sollen künftig auch für Mitarbeitende der Verwaltung shared desks und Gemeinschaftsbüros angeboten werden.

## IT-Sicherheit und Datenschutz

Seite 216

Programm „Women in Digital Areas“

Das Programm Women in Digital Areas (WIDA) bietet Frauen aus Schleswig-Holstein die Möglichkeit, Digitalisierung mitzugestalten und ihr Wissen auszubauen. Wir werden diese Initiative fortführen und damit noch mehr Frauen gezielt fördern.

## Haushalts- und Finanzplanung

Seite 233

Im Interesse einer geschlechtergerechten Finanzpolitik werden wir uns an den Vorschlägen für die weitere Umsetzung von Gender Budgeting orientieren, die derzeit von der Europäischen Kommission erarbeitet werden und diese in Bezug auf die Umsetzung im Landeshaushalt prüfen.

## Beteiligungsmanagement

Seite 235

Wir werden ein Landesorganbesetzungsgesetz auf den Weg bringen, welches Frauen und Männer bei der Besetzung der Aufsichts- und Geschäftsführungsorgane der Landesunternehmen und -beteiligungen zukünftig hälftig berücksichtigt.

Ebenso werden wir das Sparkassengesetz anpassen, um eine gleichteilige Vertretung von Frauen und Männern in den Verwaltungsräten öffentlich-rechtlicher Sparkassen zu erreichen.

## Struktur der Landesregierung

Seite 242

Die Koalitionsparteien vereinbaren folgende Struktur der Landesregierung:

- StK Staatskanzlei
- II Ministerium für Justiz und Gesundheit (MJG)
- III Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur (MBWFK)
- IV Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport (MIKWS)
- V Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur (MEKUN)
- VI Finanzministerium (FM)
- VII Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus (MWVATT)
- VIII Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung (MSJFSIG)
- IX Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz (MLLEV)

*erstellt von*
*Birgit Pfennig*
*Geschäftsführerin*
*Geschäftsstelle der LAGs kommunaler Gleichstellungsbeauftragter S.-H.*
*-ohne Anspruch auf Vollständigkeit-*